

Die postsowjetische
Tangente des
„Krieges gegen den Terror“

Russlands Westpolitik nach dem 11. September

Martin Malek

Zahlreiche Stellungnahmen aus Politik, Militär, Politikberatung und Presse in Russland verbanden den Ausdruck von Bedauern über die enorme Zahl der Opfer der Anschläge islamistischer Terroristen vom 11. September 2001 in New York und Washington mit Kritik an der Außenpolitik der USA, welche die Attacken quasi provoziert habe. Zudem wurde dann auch das ab 7. Oktober folgende militärische Vorgehen der USA gegen die Taliban in Afghanistan aus verschiedenen Gründen vielfach abgelehnt oder zumindest mehr als skeptisch kommentiert. All das war allerdings keine russische Besonderheit; solche Positionen gewannen auch in der Dritten Welt und im Westen selbst einige Popularität. Russlands Präsident Wladimir Putin zog wegen seiner eher wohlwollenden Einstellung gegenüber der US-Militäraktion einige Kritik vor allem im Militär sowie in nationalistischen und kommunistischen Kreisen auf sich. Eine vorbehaltlose Einordnung in die von Washington forcierte „Anti-Terror-Koalition“ war aber auch für Putin keine Option; das wäre für die politischen und militärischen Eliten wie auch für die Öffentlichkeit Russlands gänzlich inakzeptabel gewesen. Eine Öffnung des Luftraumes für US-Militärmaschinen in Kampfeinsätzen oder eine Zurverfügungstellung von Basen in- oder außerhalb Russlands stand nie zur Diskussion, von aktivem militärischem Beistand für die USA ganz abgesehen. Gleichzeitig betonten russische Stimmen auch und gerade während des „Krieges gegen den Terror“ die andauernden

Probleme in den Beziehungen zum Westen etwa in Gestalt der NATO-Osterweiterung, der russischen Auslandsschulden und der geplanten US-Raketenabwehr. Auch ist das Image der USA in Russland weiterhin überaus schlecht (und kaum besser als es jenes der Taliban war).

Rolf Peter und Claudia Wagner vermerkten Ende 2001 in der Fachzeitschrift *Osteuropa*: „Die ‚große Wende‘ in Russlands Außenpolitik seit dem 11. September ist empirisch nicht zu belegen ... Statt dessen versucht Moskau seinen in Kriegzeiten gestiegenen ‚Marktwert‘ in den internationalen Beziehungen als Faustpfand in anderen Politikfeldern einzusetzen.“ Angesichts der Tatsache, dass sich der Westen sichtlich um eine Einbeziehung Moskaus in die „Anti-Terror-Koalition“ bemühte, bedrängten tatsächlich sofort nach dem 11. September zahlreiche russische Stimmen (darunter prominente Politikberater) den Kreml, sich die neue weltpolitische Lage zu Nutze zu machen und klare Forderungen an die durch die Anschläge vermeintlich geschwächten USA zu erheben.

Forderungen an den Westen

An erster Stelle stand vielfach die Erlassung eines möglichst großen Teiles der seinerzeit von Russland übernommenen Altschulden der UdSSR im Ausmaß von zirka hundert Milliarden Dollar oder wenigstens die Erstreckung der Rückzahlung auf einen sehr langen Zeitraum (auch wenn der Budgetentwurf Russlands für 2002 einen Überschuss vorsieht

und somit durchaus mehr Rückzahlungen denkbar gewesen wären). Zudem standen auf der russischen Wunschliste: Westliche Unterstützung für das militärische Vorgehen gegen die Rebellen im nordkaukasischen Tschetschenien oder zumindest Ende jeglicher westlicher Kritik daran; Verzicht auf die zweite Welle der NATO-Osterweiterung oder, wenn das nicht erreichbar sein sollte, ihre Verzögerung und Begrenzung auf möglichst wenige Länder; möglichst intensive Einbindung Russlands in sicherheitspolitische Abläufe in NATO und EU – wenn möglich mit einem Vetorecht; Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation (WTO); Kontrolle über die westlichen (und vor allem amerikanischen) Anti-Terror-Aktivitäten durch ihre Verlagerung in die UNO, in deren Sicherheitsrat Russland als ständiges Mitglied ein Vetorecht hat; Verzicht der USA auf die Pläne für eine Raketenabwehr.

Letzteres scheiterte, da Präsident George W. Bush im Dezember 2001 die Absicht bekannt gab, den Anti-Ballistic-Missile-Vertrag (ABM) von 1972 kündigen zu wollen. Dafür konnte Moskau andere Erfolge verbuchen: Mit einem am 28. Mai 2002 unterzeichneten Abkommen erhielt Russland weit reichende Mitbestimmungsrechte in der NATO; der Westen sieht über allgemein bekannte russische Verletzungen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE), die in der Präsenz von bis zu 80 000 russischen Soldaten in Tschetschenien besteht, hinweg. Die schon lange vor dem 11. September leise westliche Kritik an der Moskauer Intervention ist fast völlig verstummt. Bush sagte Unterstützung für eine russische WTO-Mitgliedschaft wie auch eine Aufhebung des Jackson-Vanik-Amendment von 1974 (mit dem die Auswanderung von Juden aus der UdSSR gefördert werden sollte) zu. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder verzichtete im April 2002 gegenüber Putin

auf sowjetische Altschulden gegenüber der früheren DDR von zirka sechs Milliarden Transferrubel; und ein am 24. Mai 2002 von Bush und Putin in Moskau unterzeichneter Vertrag sieht eine Verkleinerung der strategischen Atomarsenale auf je 1700 bis 2200 Sprengköpfe bis 2012 vor.

Damit hat Moskau eine gemeinsame Abrüstung auf einem Niveau erreicht, das es sich leisten kann. Die USA hätten zweifellos keine Probleme gehabt, den vom (mit Ende 2001 für erfüllt erklärten) START-I-Vertrag von 1991 gesetzten Rahmen von sechstausend Sprengköpfen voll auszuschöpfen; dies aber wäre für Russland wirtschaftlich nicht mehr tragbar. Damit hat sich Russland mit der Forderung nach Aufrechterhaltung des „atomstrategischen Gleichgewichtes“ mit den USA, der stärksten Wirtschaftsmacht der Welt, durchgesetzt, obgleich es in etwa das ökonomische Potenzial Hollands besitzt.

Russische Militärpolitik in Afghanistan

Moskau hat seit 1996 – wie auch der Iran und Indien – die Nordallianz, die im September 2001 nur noch zirka zehn Prozent des Territoriums Afghanistans kontrollierte, mit über Tadschikistan laufenden Waffen- und Munitionslieferungen gegen die Taliban unterstützt. Die russische Luftwaffe hat deren Stellungen zeitweise bombardiert, und Militärberater aus der in Tadschikistan stationierten russischen 201. motorisierten Schützendivision arbeiteten für die Nordallianz. Vor allem aber lieferte Russland jahrelang militärische Hardware. Nach Angaben der Moskauer Nachrichtenagentur „Interfax“ vom Februar 2002 erhielt die Nordallianz nur 2001 (längst veraltete) sowjetische Waffen und Rüstungsgüter im Wert von 34 Millionen US-Dollar; inoffizielle russische Angaben sprechen von hundert Millionen oder mehr. Die Finanzierung

war nach dem 11. September vom Pentagon übernommen worden.

Noch wenige Tage vor dem militärischen Durchbruch der Nordallianz in der zweiten Novemberwoche wollte kaum ein russischer Beobachter den USA einen Erfolg bei der Bekämpfung des Taliban-Regimes voraussagen. Stattdessen dominierte auch und gerade unter Veteranen des sowjetischen Afghanistan-Krieges die Einschätzung, dass Washington große Verluste erleiden werde und „zwangsläufig“ scheitern müsse. Die Ereignisse hielten sich allerdings nicht an diese Prognosen: Zwei Monate nach dem Beginn der US-Luftangriffe waren die Taliban am Ende. Moskau stellte sich rasch auf die neue Lage ein: Amerikanische Militärs waren im November 2001 in Kabul verblüfft, als sie auf achtzig Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR und zwanzig Soldaten trafen. Russland ließ denn auch keinen Zweifel an seiner Absicht, im Post-Taliban-Afghanistan eine – so Außenminister Igor Iwanow – „wichtige Rolle zu spielen“.

Dabei verlässt sich Moskau auf die führende Kraft der Nordallianz (jetzt „Vereinigte Front“), die etwa ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans stellenden ethnischen Tadschiken. Sie besetzen die Schlüsselpositionen in der ab 22. Dezember 2001 amtierenden Übergangsregierung von Ministerpräsident Hamid Karzai: Yunis Kanuni wurde Innenminister, Abdullah Abdullah ist Außenminister, und General Muhammad Fahim, Nachfolger des kurz vor dem 11. September von Osama bin Ladens Terrororganisation „El Kaida“ ermordeten Ahmed Shah Massud (ebenfalls ein Tadschike) als Militärkommandant der Nordallianz, fungiert als Verteidigungsminister. Russische Quellen heben gern hervor, dass der in der UdSSR ausgebildete Fahim aus seiner Zeit als Mitarbeiter der Geheimpolizei KHAD des (1992 gestürzten) kommunistischen Regimes in Kabul bis heute

gute Kontakte zu Militär und Geheimdiensten Russlands hat.

Im Dezember 2001 gab Generalmajor Suchrob Kasymow, Kommandeur einer Spezialeinheit des Innenministeriums Tadschikistans, zu, dass Soldaten aus seinem Land unter anderem als Fahrer von Panzern und Panzerfahrzeugen, Mechaniker, Berater und so weiter auf der Seite der Nordallianz gegen die Taliban aktiv gewesen sind. Kasymows Elite-Brigade gilt die besondere Aufmerksamkeit der Mitarbeiter des russischen Hauptmilitärberaters in Tadschikistan. Die Moskauer *Unabhängige Zeitung* meldete Ende Dezember 2001, dass Tadschiken aus Tadschikistan als Ausbilder in den Einheiten Fahims arbeiteten, und behauptete, dass 300 bis 400 Mann aus Kasymows Einheit als Berater von Feldkommandeuren sowie Fachleute für Aufklärung, Artillerie und Reparatur von Waffensystemen in den Truppen der Nordallianz geblieben seien; sie würden in eine neue afghanische Armee eingegliedert. Daraus, so insinuierte das Blatt, könnten Möglichkeiten für Moskau resultieren, die künftige afghanische Militärpolitik zu beeinflussen.

Im Februar 2002 war Fahim ungewöhnlich lange, nämlich eine ganze Woche, in Russland. Dabei versicherte ihm sein Amtskollege Sergej Iwanow, dass er auf die militärische und technische Unterstützung Moskaus zählen könne. Auch Putin machte beim Moskau-Besuch Karzais im Folgemonat klar, dass Russland sich beim Aufbau neuer afghanischer Streitkräfte zu engagieren gedenkt. Die bekannte Fachpublikation *Janes* fragte bereits im Januar 2002: „Is Russia outmanoeuvring the USA in Afghanistan?“

Usbekistans Interessenpolitik

Usbekistan ist die militärisch relativ stärkste und mit zirka 25 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste frühere Sowjetrepublik Mittelasiens. Die autori-

täre und streng laizistische Führung unter Präsident Islam Karimow fühlte sich jahrelang von der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IBU), die eine „islamische Ordnung“ in Mittelasien anstrebte, massiv bedroht. Sie dürfte zur Zeit der Taliban-Herrschaft über Lager in den nordafghanischen Städten Mazar-i-Sharif und Kunduz verfügt haben; offenkundig bestanden auch Kontakte zur „El Kaida“. Die IBU und „Hezb ut Tahrir“ (Islamische Befreiungspartei) waren – beziehungsweise sind – vor allem im dicht besiedelten (zirka zehn Millionen Einwohner) und zwischen Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan geteilten Fergana-Tal aktiv, dem eine Schlüsselrolle für die Stabilität ganz Mittelasien zukommt. „Hezb ut Tahrir“ konzentriert sich auf fundamentalistische Agitation und Propaganda, während die IBU auf offene Gewalt setzte; so drangen einige Hundert ihrer Kämpfer in den Jahren 1999 und 2000 ins Fergana-Tal vor. Diese Bedrohung dürfte eine der Hauptgründe gewesen sein, warum Usbekistan den USA kurz nach dem 11. September die aus sowjetischen Zeiten stammende Luftwaffenbasis Chanabad zur Verfügung stellte (wenngleich mit der Auflage, von dort aus keine Kampfeinsätze in Afghanistan durchzuführen).

Nun erwartet Karimow zweifellos nicht nur massive wirtschaftliche Unterstützung aus dem Westen, sondern wohl auch politischen Sukkurs der USA bei seinen Ambitionen, Usbekistan zur Regionalmacht zu machen und eigene Interessen in beziehungsweise gegenüber Nordafghanistan (mit seinem usbekischen Bevölkerungsteil) sowie den russischen Klienten Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan zu vertreten. Der Zusammenbruch der Macht der Taliban in Nordafghanistan um die Novembermitte 2001 kam den usbekischen Interessen natürlich sehr entgegen. Die IBU wurde massiv geschwächt, auch wenn nicht von ihrem definitiven Ende auszugehen ist: Ihre

Kämpfer könnten sich nach Tadschikistan gerettet haben.

Westliches Militär in Kirgisien

Wenige Tage vor Weihnachten 2001 (das heißt erst nach dem Sturz des Taliban-Regimes) trafen die ersten US-Militärtransporter auf dem internationalen Flughafen Manas bei der Hauptstadt Bishkek ein, der als einziger des Landes größere Maschinen aufnehmen kann. Insgesamt sollen hier schließlich zirka dreitausend (nach einigen Quellen sogar fünftausend) Soldaten aus bis zu zehn westlichen Ländern und bis zu fünfzig Kampf- und Transportmaschinen untergebracht werden. Im Unterschied zu Usbekistan lässt Kirgisien (das keine gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat) von seinem Territorium auch Kampfeinsätze zu – so wurden je sechs französische und amerikanische Kampfflugzeuge stationiert. Allerdings ist offenkundig, dass die westliche Militärpräsenz vor allem unter der russischen Minderheit im Land auf Skepsis oder gar Ablehnung stößt, und auch diverse kirgisische Politiker fürchten um das bisher überaus enge Verhältnis zu Russland.

„Frontstaat“ Tadschikistan

Nach wie vor befinden sich mehrere Regionen des – nicht zuletzt aufgrund des Bürgerkrieges von 1992 bis 1997, bei dem 50 000 Todesopfer zu beklagen waren – völlig verarmten Landes unter der Kontrolle von Warlords. Das seit 1992 in der Hauptstadt Duschanbe etablierte Regime von Präsident Emomali Rachmonow hätte sich ohne militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands keinesfalls behaupten können. Moskau unterhält vor Ort mit der 201. Schützendivision (Anfang Dezember 2001 in einer Stärke von 12 500 Mann) sowie Grenztruppen (10 000) an der über 1200 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan seine letzte umfangreiche Militärpräsenz in Mittelasien.

Über das westliche Militär in Tadschikistan liegen sehr unterschiedliche Angaben vor. Eine Militärbasis wurde jedenfalls nicht aufgebaut. Es dürfte sich lediglich um technisches Personal auf einem oder zwei Flughäfen (Duschanbe und/oder Kuljab) zur Wartung und zum Auftanken von zwischengeländeten Maschinen handeln.

Kasachstan und Turkmenien

Kasachstan, dessen Präsident Nursultan Nasarbajew an sich durch eine dezidiert „ prorussische“ Politik bekannt ist, stellte den USA für den „Krieg gegen den Terror“ seinen Luftraum zur Verfügung und bot auch Militärbasen in den südlichen Regionen Zhambyl und Tschimkent an. Solche wurden jedoch bisher nicht eingerichtet.

Eine ganz andere Politik verfolgte Turkmenien mit seiner über 740 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan: Der exzentrische Präsident Saparmurad Nijasow verweigerte den USA unter Hinweis auf die Neutralität seines Landes jegliche militärisch verwertbare Unterstützung.

Georgien zwischen Russland und den USA

Georgien konnte seit der Erklärung der Unabhängigkeit von der UdSSR im April 1991 nie zu Stabilität finden. In Südossetien und Abchasien haben prorussische Separatisten Anfang der neunziger Jahre militärische Auseinandersetzungen gegen die Zentralregierung in Tbilissi für sich entschieden, und dort gibt es bis heute de facto keine georgische Staatsmacht. Russland wirft Georgien immer wieder vor, tschetschenische Rebellen zumindest passiv zu unterstützen, und behauptet, dass diese vor allem im Pankisital (unweit der Grenze zu Tschetschenien) Unterschlupf finden. Daher wollte Moskau – zuerst allein, dann zusammen mit Georgien – eine „Anti-Terror-Operation“ in diesem Tal durchführen.

Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse lehnte allerdings ab und wandte sich (ungeachtet russischer Kritik) an die USA. Sie entsandten ab Ende April 2002 Ausbilder nach Georgien, die etwa ein Jahr lang zirka 1500 Mann der georgischen Streitkräfte in Anti-Terror-Einsätzen schulen sollen. Die Amerikaner sollen nach dem Ende ihrer Mission wieder abgezogen werden; an eine permanente Militärpräsenz ist nicht gedacht.

In Georgien stehen noch zirka sieben-tausend russische Soldaten. Insgesamt hat Russland im Nord- und Südkaukasus zirka 150 000 Mann mit schweren Waffen stationiert, sodass – so jedenfalls die Einschätzung des unabhängigen Moskauer Militäranalytikers Pawel Felgenhauer – nicht zu sehen ist, wie höchstens zweihundert US-Berater ohne jeden Kampfauftrag signifikant auf die Kräfteverhältnisse in der Region einwirken sollten.

Russische Stimmen zur US-Militärpräsenz in der GUS

Moskau beansprucht die gesamte Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) – und daher auch das ehemals sowjetische Mittelasien und den Südkaukasus – als sein ausschließliches „Interessengebiet“, aus dem dritte Mächte so weit wie möglich fern gehalten werden sollen. Russland kritisiert daher traditionell heftig jeden Schritt der Annäherung an die USA und anderer westlicher Länder, den es als Versuch ansieht, seinen Einfluss in der GUS zu relativieren oder die von ihm angestrebte „Integration“ der GUS-Staaten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur und Medien zu behindern. Somit kann von einer in diversen westlichen Medien behaupteten „Zustimmung Russlands“ zur westlichen Militärpräsenz in Mittelasien keine Rede sein; im Gegenteil sind die Einstellungen in Politik, Militär, Presse und Öffentlichkeit kritisch bis schroff ablehnend.

Zudem heißt es, dass – wenn schon die Ankunft westlichen Militärs in Mittelasien nicht zu verhindern war – nun alles getan werden müsse, um es so bald wie möglich wieder zum Abzug zu bewegen. Der Chef des für Mittelasien zuständigen Zentralkommandos der US-Streitkräfte, General Tommy Franks, sowie der stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage erklärten, dass die amerikanischen Truppen Mittelasien wieder verlassen würden, weil Washington die Region als Einflussgebiet Russlands betrachte. Moskau kommentierte das naturgemäß mit Genugtuung.

Verbindungen zwischen Tschetschenien und den Taliban?

Das Ausmaß der finanziellen und personellen Unterstützung bin Ladens für die der russischen Armee widerstehenden tschetschenischen Rebellen dürfte sich kaum jemals zuverlässig bestimmen lassen. Es ist jedoch gesichert, dass Tschetschenien für die „El Kaida“ nicht mehr als eine Nebenfront war. In der Republik dürfte es nie mehr als hundert bis zweihundert ausländische Kämpfer gegeben haben, auch wenn offizielle russische Stellungnahmen den Eindruck zu erwecken versuchten, dass die Streitkräfte mit einer ganzen vor allem von Söldnern gestellten islamistischen „Terrorarmee“ konfrontiert sind. Vor allem aber trachtet der Kreml, seine Militärintervention in Tschetschenien dem US-Kampf gegen die Taliban und bin Laden gleichzustellen beziehungsweise als „Beitrag Russlands zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ auszugeben.

Russische Politiker (darunter Putin), Militärs, Medien und so weiter ermahnten die USA immer wieder nachdrücklich, bei ihrem Vorgehen gegen die Taliban auf die afghanische Zivilbevölkerung größtmögliche Rücksicht zu nehmen. Das steht in einem auffälligen Kontrast zu den von äußerster Rücksichtslosigkeit ge-

prägten russischen Interventionen in Tschetschenien von 1994 bis 1996 und seit September 1999, die jeweils zehntausende zivile Tote gefordert haben. Eine als Korrektiv wirkende kritische Öffentlichkeit oder gar eine Friedensbewegung fehlt in Russland, und ausländische Korrespondenten und Kamerateams sind kaum vor Ort. Der Kreml erklärt den Krieg schon seit Anfang 2000 für „demnächst beendet“, doch die Rebellen leisten nach wie vor hartnäckigen Widerstand und bringen den Russen empfindliche Verluste bei.

Eine weitere Ebene der Moskauer Öffentlichkeitsarbeit betrifft die angebliche oder tatsächliche Kooperation von Tschetschenen mit den Taliban. Tschetschenen wurden zweifellos in Lagern der „El Kaida“ ausgebildet und nahmen am Krieg gegen die Nordallianz teil. Allerdings fanden sich in den Lagern für gefangene Taliban und „El Kaida“-Leute in Afghanistan kaum Tschetschenen, und unter den dreihundert Gefangenen, welche die USA auf ihrem Militärstützpunkt Guantánamo (Kuba) festhalten, gibt es überhaupt keine; die drei dort identifizierten russischen Staatsbürger stammen aus den autonomen Republiken Tatarstan, Baschkirien und Kabardino-Balkarien. All das interpretierte die *Neue Zürcher Zeitung* Anfang April als ein weiteres Indiz dafür, dass die russischen Berichte über massive Einsätze von Tschetschenen in Afghanistan „aus dem Reich der Propaganda stammen“.

Russland und der „Terrorismus“

Bin Laden hat öffentlich nie Terrordrohungen gegen Russland ausgestoßen, und von einem „Heiligen Krieg“ gegen Russland oder gar einer Aufforderung, so viele Russen wie möglich zu töten (wie das mit Amerikanern und Juden geschehen sollte), kann schon überhaupt keine Rede sein. Die internationale Agenda des islamischen Fundamentalismus ist vor-

wiegend gegen den Westen gerichtet, und dabei ergeben sich unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der Freund-Feind-Perzeption maßgeblicher Teile der russischen Eliten. Hier liegt auch eine der Hauptursachen für die verbreitete Skepsis gegenüber dem Kurs Putins, die „Anti-Terror-Koalition“ der USA immerhin passiv zu unterstützen (siehe oben).

In Westen glaubte man die von den USA geführte „Koalition gegen den Terror“ durch Putins Sympathiebekundungen massiv gestärkt. Der prominente Politikberater Sergej Rogow, Direktor des USA-und-Kanada-Instituts der Akademie der Wissenschaften Russlands, bot die umgekehrte Perspektive an: „In Wirklichkeit hat nicht Amerika Russland zur Teilnahme am aktuellen Krieg in Afghanistan herangezogen; eher umgekehrt benutzt Russland die USA, um die Terroristen bin Ladens und der Taliban zu zerschlagen, da sie Instabilität in Mittelasien, Tschetschenien und anderen Regionen Russlands geschaffen haben.“ So gesehen, haben die USA in Afghanistan auch die Arbeit Russlands erledigt.

Russland sieht sich an „vorderster Front“ im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Es unterhält jedoch gute bis freundschaftliche Beziehungen zum Irak, zum Iran und zu Nordkorea, die Bush Ende Januar 2002 zu *axis of evil* zusammenfasste, weil sie seiner Meinung nach an Massenvernichtungswaffen arbeiten und Terrorismus unterstützen.

Der Irak und der Iran werden nach in Russland vorherrschender Meinung vom Westen (und vor allem den USA) zu Unrecht ausgegrenzt. Der Irak sei, so die allgemeine russische Lesart, ein Opfer der vom Westen initiierten und aufrechterhaltenen Sanktionen und anhaltender

amerikanischer und britischer Luftangriffe. Auch hochrangige Moskauer Funktionsträger halten den Irak für einen potenziell wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner Russlands. Folgerichtig lehnen sie jede Ausdehnung des amerikanischen „Krieges gegen den Terror“ auf den Irak, der als einziges Land die Anschläge vom 11. September offen begrüßt hatte, entschieden ab.

Zum Iran unterhält Russland ein besonders enges und freundschaftliches Verhältnis, das offenkundig auch vom russischen Krieg im islamischen Tschetschenien nicht gestört wird. Teheran ist ein ausgezeichnete Kunde der russischen Rüstungs- und Atomindustrie. Ende April 2002 würdigte Putin gegenüber dem iranischen Präsidenten Khatami den iranischen „Beitrag bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ – obwohl allgemein bekannt ist, dass der Iran mit der „Hisbollah“ (Libanon) und „ Hamas“ (Palästinensergebiete) zumindest zwei Terrororganisationen mit Geld und Waffen versorgt.

Die Uneinigkeit bei der Definition dessen, was unter „Terrorismus“ überhaupt zu verstehen ist, zeigte sich auch anhand der russischen Vorwürfe an den Westen, gegenüber „albanischen Terroristen“ im Kosovo (seit 1998/99) und in Mazedonien (2001) zu nachgiebig gewesen zu sein oder diese sogar gefördert zu haben. Es existiert somit offenkundig keine Auffassung von „Terrorismus“, welche Russland und die USA teilen würden. Das unterschiedliche Verständnis dieser Erscheinung stimmte lediglich im Falle der Taliban beziehungsweise der „El Kaida“ überein, sodass eine (wie dargestellt intern durchaus umstrittene) passive Teilnahme Russlands an der „Anti-Terror-Koalition“ möglich war.